

(S)Caring Masculinities?

Politische Männlichkeiten im Kontext von COVID-19

Silke Felber

Abstract: Drawing on Critical Discourse Analysis and approaches from Performance Studies, this paper explores the ways in which politicians demonstrated care at the onset of the COVID-19 crisis. The investigation focuses on the media presence of the Austrian federal government led by former Chancellor Sebastian Kurz during the initial spring 2020 lockdown and compares these performances with speeches delivered by former Chancellor Angela Merkel, Danish Prime Minister Mette Frederiksen, and former New Zealand Prime Minister Jacinda Ardern at the beginning of the pandemic. The paper argues that the communication of welfare-related issues during the press conferences conducted by the Austrian federal government amid the initial lockdown was normatively designated to female government members. On the contrary, Kurz presented himself as the unequivocal commander-in-chief, employing right-wing populist rhetoric. By mobilizing fear and resorting to sports metaphors, Kurz has affirmed a specific »we« that categorically excludes migrants, unpaid care workers (i.e. mainly women), and disabled people. In contrast, Ardern, Merkel and Frederiksen did justice to the diversity of the population, explicitly addressing non-autochthonous and unemployed members of society and making an emphatic plea for the development of new, creative forms of coexistence.

Die »Krise der Männlichkeit« – mit dem Brustton der Überzeugung im deutschsprachigen Feuilleton der Jahrtausendwende ausgerufen – erlebt gegenwärtig wieder eine Konjunktur. Worauf aber zielt ein solcher Befund ab? Darauf, dass *der Mann* nicht mehr ist, wie er einst war? Darauf, dass *der Mann* nicht mehr weiß, wie er aufzutreten habe? Spricht daraus die Hoffnung auf eine wie auch immer zu begreifende krisenfreie Männlichkeit?

Fakt ist, dass momentan einigermaßen widersprüchliche gesellschaftliche und theoretische Entwicklungen zu beobachten sind. Einerseits ist im Hinblick

auf antifeministischen Terrorismus, weltweit erstarkende fundamentalistische Gruppierungen, das Phänomen der Incels und nicht zuletzt auf die menschenvernichtende Politik Vladimir Putins eine Re-Souveränisierung radikaler, despotisch agierender Männlichkeit zu konstatieren (Kaiser 2020; Strobl 2021). Andererseits hat sich in den Gender Studies mit dem Konzept der *Caring Masculinities* ein Denken etabliert, an das konkrete Hoffnungen auf gesamtgesellschaftliche Transformationen gekoppelt sind. So schlagen Sylka Scholz und Andreas Heilmann etwa vor, den Begriff Care nicht auf die Arbeit rund um die Versorgung von Kindern, Alten und anderen pflegebedürftigen Menschen zu beschränken, d.h. auf eine Arbeit, die in kapitalistischen Gesellschaften traditionell weiblich konnotiert ist (Scholz et al. 2019). Vielmehr wollen die beiden Autor*innen Care im Sinne von *Lebenssorge* verstanden wissen, die sich nicht nur auf Mensch-zu-Mensch-Beziehungen konzentriert, sondern die als »lebensleitendes und -begleitendes Prinzip« alle Bereiche des Alltags umfasst (Scholz et al. 2019, 15).

Welche Rolle aber spiel(t)en *Caring Masculinities* innerhalb der politischen Bekämpfung der Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftskrise rund um COVID-19? (Wie) gelingt es Politikern, fürsorgliche Praxis mit den Anforderungen einer (männlich konnotierten) expansiven Wachstumsorientierung zu vereinbaren? Oder anders gefragt: Wie traten politische Männlichkeiten in der anfänglichen Phase der Pandemie auf, als es darum ging, die Sorge um sich selbst und die anderen in den Vordergrund zu rücken? Ausgehend von diesen Fragen untersucht der folgende Beitrag die vergeschlechtlichten Krisenauftritte der österreichischen Bundesregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020.¹ Im Fokus steht jene Pressekonferenz vom 30. März 2020, die Kanzler Kurz dafür nutzte, die Tragepflicht eines Mund-Nasen-Schutzes an bestimmten Orten des öffentlichen Lebens anzukündigen. Gegenübergestellt werden dieser Rede ausgewählte Auftritte der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen sowie der damaligen neuseeländischen Premierministerin Jacinda Ardern. Der Beitrag stützt sich methodisch auf die historisch-kritische Diskursanalyse (Reisigl und Wodak 2001; Wodak 2016; 2020) und verknüpft sie mit spezifischen Ansätzen der Männlichkeitsforschung (Bourdieu 1997; Connell 1995; Connell 2005; Connell und Messerschmidt 2005; Maihofer 2014; 2019).

1 Aus politikwissenschaftlicher Sicht mit dieser Thematik auseinandergesetzt haben sich Dursun et al. (2021); aus sprachwissenschaftlicher Sicht Wodak (2021).

Sicht- und Hörbarkeiten in der Krise

Zum Zeitpunkt des Pandemie-Ausbruchs bestand die österreichische Bundesregierung zu 53 Prozent aus Frauen. Die Koalition zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) unter Kanzler Kurz und den Grünen unter Werner Kogler hatte nach den vorgezogenen Wahlen im Herbst 2021 gerade erst ihre Arbeit aufgenommen und schien voller Tatendrang angesichts einer bevorstehenden Legislaturperiode, die unter dem selbst ernannten Motto »Das Beste aus zwei Welten« stand. Frauen hatten in dieser frisch gebackenen Regierung wesentliche Schlüsselressorts inne wie Arbeit und Familie (Christine Aschbacher), Digitalisierung und Wirtschaft (Margarete Schramböck), Justiz (Alma Zadić), Frauen und Integration (Susanne Raab), Landesverteidigung (Klaudia Tanner) und Klimaschutz, Innovation und Technologie (Leonore Gewessler).

In den ersten hektisch konzipierten Pressekonferenzen angesichts eines Virus, das immer bedrohlicher zu werden schien, waren diese Akteurinnen allerdings überraschend unterrepräsentiert, wie Mira Achter und ich im Zuge des von mir geleiteten FWF-Projekts *Performing Gender in View of the Outbreak* herausarbeiten konnten (Felber 2021). Als Untersuchungszeitraum wählten wir die Phase des sogenannten ersten Lockdowns von 13. März bis 30. Mai 2020. Berücksichtigung fanden sämtliche von der Bundesregierung im Kontext von COVID-19 abgehaltenen und vom österreichischen Rundfunk (ORF) ausgestrahlten Pressekonferenzen inklusive der (nicht immer vollständig übertragenen) anschließenden Q&A-Sessions für anwesende Journalist*innen. Die Auswertung ergibt, dass das Bild der auftretenden Politiker*innen keineswegs mit dem Geschlechterverhältnis der österreichischen Bundesregierung deckungsgleich ist. Die im Rahmen der untersuchten medialen Ereignisse in Erscheinung tretenden Politiker*innen sind zu 65 Prozent männlich.² Zuspitzen lässt sich diese Beobachtung im Hinblick auf den Redeanteil der Ministerinnen innerhalb der ausgestrahlten Pressekonferenzen, der lediglich bei 25 Prozent liegt. Innerhalb der von der Regierung konsultierten und zur Abgabe von Statements eingeladenen sogenannten Expert*innen (u.a. Virolog*innen, Mediziner*innen, Simulationsforscher*innen und Vertreter*innen von Blaulichtorganisationen) macht der Redeanteil von Frauen gar nur 13 Prozent aus. Besonders alarmierend erscheint zudem, dass Expertinnen innerhalb der Fragerunden nur zu 2 Prozent hörbar werden.

Diese hier skizzierten Asymmetrien erweisen sich als paradigmatisch für das Feld des epidemischen Managements, innerhalb dessen Politikerinnen

2 Unter den auftretenden Minister*innen befanden sich keine Personen, die sich als trans*, inter* oder nichtbinär bezeichnen.

und Expertinnen historisch und global betrachtet über bedeutend weniger Auftrittsfäche verfügen als ihre männlichen politischen Kollegen. So konstatiert die Politikwissenschaftlerin Sophie Harman in einer Studie zu den gesundheitspolitischen Antworten auf Ebola: »Other than a handful of high-profile women leading global institutions, women are conspicuously invisible in global health governance: people working in global health are aware of and see women in care roles that underpin health systems, yet they are invisible in global health strategy, policy or practice. Women are only made visible through motherhood« (Harman 2016, 524). Diese Unsichtbarkeit von Virologinnen, Epidemiologinnen und Medizinerinnen geht Hand in Hand mit einer fehlenden Adressierung der genderspezifischen Dimension von Gesundheitskrisen. In ihrer Studie zur politischen Reaktion auf SARS, MERS, Zika und Ebola kommt die Gender-Forscherin Julia Smith zu folgendem Schluss: »[...] gender analysis has been conspicuously absent from policy debates, documents, and processes. Instead, [...] outbreak responses and policies are characterised by the ›tyranny of the urgent‹, which puts aside structural issues in favour of addressing immediate biomedical needs« (Smith 2019, 356–357). Dieser Umstand erschreckt ob der signifikanten geschlechtsspezifischen Dimensionen, auf die Epidemien verweisen. Das Zika-Virus etwa setzt schwangere Frauen einem besonders hohen Risiko aus und ist mit möglichen Geburtsfehlern verbunden. Frauen sind aber auch aus sozialer Sicht weitaus stärker von Pandemien betroffen als Männer. »Where gender roles and relations are concerned, the care roles fulfilled by women are significant as women frequently take on the majority of the burden and risk of providing health care in the home, often with little external support. Availability of health services, interactions with emergency responders, and health governance structures also all have gender dimensions« (Smith 2019, 356).

Auch das COVID-19-Virus hat sich in sozialer, emotionaler sowie in ökonomischer Hinsicht stärker auf Frauen ausgewirkt als auf Männer (Lichtenberger und Wöhl 2020; Berghammer 2020). Finanziell schlechter gestellte Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund litten und leiden besonders unter der pandemischen Krise (Allgäuer und Kreutzer 2020). Im Unterschied etwa zur Rezession von 2008 bzw. 2009, die sich stärker auf von Männern dominierte Arbeitsmarktsektoren ausgewirkt hatte, betraf der durch COVID-19 induzierte Beschäftigungsrückgang großteils Bereiche mit hohem Frauenanteil (Alon et al. 2020). Diese Beobachtungen lassen sich mit Blick auf den österreichischen Arbeitsmarkt weiter zuspitzen. In einer zu Beginn der Krise vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) publizierten Studie kommen die Ökonominnen Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger und Christine Mayrhuber zu dem Schluss, dass der durch COVID-19 be-

dingte Beschäftigungsrückgang bei Frauen zwar geringer ausfällt, sich aber auf Wirtschaftsbereiche konzentriert, die für die Frauenbeschäftigung bedeutender sind. Gleichzeitig treffe die Doppelbelastung von Beruf und Betreuungspflichten infolge von Home-Office oder aber einer Beschäftigung in sogenannten »systemrelevanten« Sektoren Frauen härter als Männer (Bock-Schappelwein et al. 2020). Darüber hinaus hat die Pandemie zu einer allgemeinen Zunahme unterbezahlter und unbezahlter Care-Arbeit von Frauen geführt (Mader et al. 2020).

Zudem unterliegt das Gesundheitspersonal, das 2020 weltweit zu 70 Prozent aus Frauen bestand, strengen intersektional ineinandergreifenden Hierarchien (Schönpflug 2020). Gleichzeitig entpuppt sich der Gesundheitssektor vielerorts als höchst rassifiziert. So waren zum Zeitpunkt des Pandemieausbruchs im britischen National Health Service etwa 40 Prozent der Ärzt*innen und 20 Prozent des Pflegepersonals People of Color oder Angehörige ethnischer Minderheiten. Sie stellten einen großen Teil jener, die an der Arbeit mit COVID-19-Patienten starben (Khan 2020), dar. Die Pandemie macht mithin sichtbar, dass Ungleichheiten nie eindimensional operieren, sondern stets Resultat eines Zusammenspiels unterschiedlicher Kategorien und Faktoren sind. Das zeigt sich auch im Fall der in Österreich arbeitenden 24-Stunden-Pflegekräfte, die mit Beginn der Krise zu 90 Prozent weiblich und zu 80 Prozent Pendelmigrant*innen waren, d.h. regelmäßig von Ungarn, der Slowakei oder Rumänien nach Österreich reisten, um dort dringend benötigten Care-Tätigkeiten nachzugehen. Für sie stellten die Reisebeschränkungen im Zuge der Lockdowns eine enorme, auch finanzielle, Belastung dar (Allgäuer und Kreutzer 2020).

Im Gegensatz dazu zeigt der Global Health 50/50 Report 2020, dass zum Zeitpunkt der anlaufenden Pandemie 72 Prozent der gesundheitspolitischen Entscheidungsträger*innen weltweit männlich waren (Global Health 50/50 2020). Wer es in diese Spitzenpositionen schafft, so die Studienautor*innen, wird dabei nicht nur durch das Geschlecht, sondern auch durch die geografische Herkunft bestimmt. Nur 5 Prozent der Führungskräfte sind Frauen aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Im Gegenzug handelt es sich bei mehr als 80 Prozent der Führungskräfte im Bereich der globalen Gesundheit um Angehörige von High-Income-Staaten. Dieses Ungleichgewicht in der Entscheidungsgewalt wirkt sich auf das Ausmaß aus, in dem die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und marginalisierten Gruppen berücksichtigt werden – und zwar sowohl kurzfristig als auch langfristig in Bezug auf tiefgreifende Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen. Umgekehrt jedoch darf mehr politische Sichtbarkeit nicht mit mehr politischem Durchsetzungsvermögen gleichgesetzt werden. Wie die Kulturwissenschaftlerin Johanna Schaffer richtig hervorgehoben hat, würde das bedeuten, »[...] die komplexen Prozesse

auf dem Feld der Visualität [zu übersehen], für die höchst relevant ist, *wer* zu sehen gibt, *in welchem Kontext* – und vor allem: *wie*, d.h. in welcher Form und Struktur zu sehen gegeben wird« (Schaffer 2008, 12). Die Frage, der ich nun ausgehend von dieser Überlegung nachgehen möchte, lautet wie folgt: *Wer gab wem welche Sichtbarkeit innerhalb des akuten Krisenmanagements im Frühjahr 2020?*

Vergeschlechtlichte Auftritte

Tatsächlich ist es nicht so, dass Frauen innerhalb der in Szene gesetzten Krisenkommunikation der österreichischen Bundesregierung während des ersten Lockdowns grundsätzlich nicht zu Wort kamen. Sichtbar wird in diesem Zusammenhang aber ein symptomatisches Auftrittsregime. Mit Ausnahme von Bundesministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) und Bundesministerin Susanne Raab (ÖVP), die direkt dem Bundeskanzleramt unterstellt waren, traten Ministerinnen nur äußerst selten gemeinsam mit Kanzler Kurz auf, sondern vielmehr in Verbindung mit anderen Ministerinnen und zwar grundsätzlich in einer Zweier- oder Dreierkonstellation. Sebastian Kurz wiederum umgab sich beinahe ausschließlich mit seinen männlichen Kollegen. Diese Auftritts-dramaturgie reaktualisiert ein spezifisches Umgebungswissen, das sich bereits in Niccolò Machiavellis *Il Principe* vorfinden lässt, wo es heißt: »Das erste Urteil, das man sich über die Intelligenz eines Fürsten bildet, richtet sich nach den Männern seiner Umgebung [...]« (Machiavelli 1986, 108). Politische Männlichkeit offenbart sich hier mit Connell als eine performative wiewohl relationale Praktik, die wortwörtlich in Stellung gebracht wird (Connell 1995).

Dass Homosozialität historisch betrachtet ein wesentliches Element der Konstruktion von Männlichkeiten im politischen Feld ist, lässt sich auch anhand von Max Webers Vortrag »Politik als Beruf« aus dem Jahr 1919 exemplifizieren. Weber beschreibt Politik dort als agonales, kämpferisches Spiel *von Männern für Männer*, das auf wechselseitiger Anerkennung *unter Männern* baut, dabei das männliche Privileg der Waffenfähigkeit hochhält und dadurch Frauen kategorisch ausschließt:

Statt nach alter Weiber Art nach einem Kriege nach dem »Schuldigen« zu suchen, – wo doch die Struktur der Gesellschaft den Krieg erzeugte –, wird jede männliche und herbe Haltung dem Feinde sagen: »Wir verloren den Krieg – ihr habt ihn gewonnen.« Das ist nun erledigt: nun laßt uns darüber reden, welche Konsequenzen zu ziehen sind entsprechend den *sachlichen* Interessen, die im Spiel waren, und – die Hauptsache – angesichts der Verantwortung vor der *Zukunft*, die vor allem den Sieger belastet (Weber 2010, 53, Herv. i. Orig.).



Fig. 1: Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz, Innenminister Karl Nehammer und Gesundheitsminister Rudolf Anschober richten sich an die Medien in Wien, Österreich, 13. März 2020. Foto: Leonhard Foeger/Reuters/picturedesk.com.

Rationalität und Emotionalität werden bei Weber mithin radikal vergeschlechtlicht. Politik erscheint als rationales Feld, als Beruf von und unter Männern, in dem Frauen ebenso wenig Platz finden wie Emotionen, die von Weber mit Weiblichkeit in Verbindung gebracht und diskreditiert werden.

Anhand der Auftrittsdramaturgie rund um Sebastian Kurz im Kontext der COVID-19-Krise lässt sich nachvollziehen, wie sich politische Männlichkeit performativ konstruiert, und zwar einerseits über hegemoniale Selbstaffirmierung (Maihofer 2014) und andererseits über Konsens innerhalb der eigenen Reihen. Diejenigen, die außerhalb der maskulin-homosoziellen Hierarchien stehen, d.h. im untersuchten Fall die Ministerinnen, werden durch eine spezifische Choreografie des Erscheinens daran gehindert, in diese spezifische Ordnung einzudringen. Sie werden durch die männliche Herrschaft »als symbolische Objekte [konstituiert], deren Sein (esse) ein Wahrgenommenwerden (*percipi*) ist« (Bourdieu 2020, 117). Vor diesem Hintergrund erscheint es besonders bezeichnend, dass sich die (vergleichsweise) spärlichen Auftritte von Ministerinnen in inhaltlicher Hinsicht durch einen expliziten Fokus auf Sorgethemen auszeichnen. Tatsächlich werden Care-Problematiken innerhalb des medialen Krisenauftritts der österreichischen Bundesregierung normativ den weiblichen Regierungsmitgliedern zugeordnet. Exemplarisch verwiesen sei diesbezüglich auf

die Pressekonferenz zu frauen- und familienpolitischen Aspekten im Zusammenhang mit der Coronakrise, die am 25. März 2020 von den Bundesministerinnen Christine Aschbacher, Susanne Raab und Alma Zadić abgehalten wurde, sowie auf eine Pressekonferenz zu Fertigungsstrategien für Schutzkleidung unter der Federführung von Leonore Gewessler und Margarete Schramböck vom 10. April 2020.

Männlichkeiten in der Krise

Vor dem Hintergrund einer sich mehr und mehr globalisierenden Welt überarbeitete Raewyn Connell 2005 ihr Konzept hegemonialer Männlichkeiten und fokussierte auf Männlichkeitsentwürfe sogenannter *transnational business people*, die sich laut Connell durch folgende Merkmale auszeichnen: gesteigerten Egoismus, relativierte Loyalitäten, stagnierendes Verantwortungsgefühl, begrenzte technische Rationalität und möglichst bequem gestaltete Beziehungen zu Frauen (Connell 2005, 72). Wie verhalten sich diese habituellen Eigenschaften zu jenen charakterlichen und politischen Attributen, die angesichts der pandemischen Gesundheits- und Sozialkrise gefragt sind? Um die Pandemie verlässlich und nachhaltig einzudämmen, standen und stehen die Verantwortlichen der *policy spaces* weltweit vor der Herausforderung, ihre Bevölkerungen auf Werte einzuschwören, die den von Connell festgestellten Charakteristika einer transnationalen hegemonialen Business-Männlichkeit diametral gegenüberstehen, nämlich Altruismus, Loyalität/Solidarität, Verantwortungsgefühl, (technische) Rationalität und uneingeschränkte Verbindlichkeit. Sehen wir uns zunächst an, welche Rolle diese Eigenschaften in jener bereits erwähnten Pressekonferenz spielten, in der Bundeskanzler Kurz erstmals für das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes plädierte und dies als Technik der Sorge für andere vorführte.

Die besagte Ansprache stammt vom 30. März 2020 und hatte eine bestimmte Funktion zu erfüllen. Sebastian Kurz stand damals vor der Herausforderung, die Bevölkerung nach einem nunmehr zwei Wochen andauernden Lockdown auf eine Verlängerung der Ausgangsbeschränkungen vorzubereiten und sie darüber hinaus mit weiteren, unpopulären Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu konfrontieren. Dieser Schwierigkeit begegnete der Kanzler mit einer vermeintlich persönlichen, die Rede eröffnenden Anekdote: »Als ich heute Früh aufgestanden bin und ins Büro gefahren bin, habe ich eine SMS bekommen von einem guten Freund von mir, der mir geschrieben hat: Alles Gute für heute. Hoffe, du verkündest, dass das endlich vorbei ist und wir wieder zur Normalität zurückkehren können. Das hält ja keiner mehr aus. Rufzeichen.« (Kurz 2020)

An diesen Redebeginn, der mit einem Begriff aus der antiken Rhetorik als *insinuatio* bezeichnet werden kann, also als Redebeginn angesichts erschwelter Umstände, knüpft Sebastian Kurz eine Reihe spezifischer Topoi an, die nach Ruth Wodak typische Argumentationselemente innerhalb rechtspopulistischer Rhetoriken sind (Wodak 2020, 87–89). Unter Topoi versteht die kritisch-historische Diskursanalyse (DHA) »inhaltsbezogene Schlussfolgerungsregeln, die ein oder mehrere Argumente mit einer Schlussfolgerung verknüpfen« (Wodak 2020, 87) und die dem Prinzip »wenn x dann y« oder »y, weil x« folgen (Reisigl und Wodak 2001, 69–80). Als in populistischen Rhetoriken vorrangig vorzufindende inhaltliche Topoi nennt Wodak u.a. jene des Volkes, des Vorteils, des Nachteils, der Bedrohung, der Kultur, der Belastung, der Finanzen, der Realität, der Zahlen, des Retters und der Geschichte (Wodak 2016, 69; Wodak 2020, 89). Dieser Liste, die Wodak exemplarisch anhand der FPÖ-Asyl-Sprachpolitik von Jörg Haider bis Gottfried Waldhäusl sowie unter Einbezug von ausgewählten Tweets des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump abarbeitet (Wodak 2020, 89–110), ließe sich im Hinblick auf die Rhetorik Sebastian Kurz' noch der Topos der Wahrheit hinzufügen, mit dem der Kanzler an die eingangs zitierte Anekdote anschließt und der sich wie ein roter Faden durch seine gesamte Rede vom 30. März 2020 ziehen wird: »Ich bin mir bewusst, sehr geehrte Damen und Herren, dass viele genau das jetzt von mir hören wollen würden. Aber die Wahrheit ist, es ist ein Marathon und es ist nicht unsere Aufgabe, das zu sagen, was man gerne hören möchte, sondern es ist unsere Aufgabe, ehrlich zu Ihnen zu sein« (Kurz 2020). Gegen Ende der Rede heißt es: »Die Maßnahmen, die wir setzen, sind die richtigen, sie zeigen Wirkung, aber wir müssen noch schneller und noch besser werden« (ebd.). Der Topos der Wahrheit wird also mit einem weiteren Topos verknüpft, der für die Argumentationsstrategien rechtspopulistischer Akteur*innen paradigmatisch geworden ist – nämlich jener der Leistung bzw. des Wettbewerbs. Bei Kurz erscheint dieser Topos zunächst in Form der konzeptuellen Metapher des Marathons, die zweierlei suggeriert: 1. Ans Ziel schafft es, wer einen langen Atem beweist; 2. Der Fittere gewinnt. Es sei an dieser Stelle nur peripher erwähnt, dass der Marathon als olympische Disziplin erst 1984 für Frauen zugelassen worden ist, historisch gesehen mithin als eine durch und durch männliche Sportart gelesen werden kann. Bemerkenswert aber ist, dass die Gesetze der Akzeleration und der (Selbst-)Optimierung, die die Wettkampfrhetorik von Kurz aufruft, die Grundprinzipien des Turbokapitalismus widerspiegeln, für das die Politik der neuen österreichischen Volkspartei stellvertretend steht. Tatsächlich zielt die rhetorische Strategie Sebastian Kurz' darauf ab, die Bevölkerung zum »Mitmachen«, d.h. zum Befolgen der implementierten Maßnahmen zu motivieren, sodass es gelinge, »schneller« aus der Krise zu kommen (ebd.).

Tatsächlich beziehen sich die Komparative »besser« und »schneller« innerhalb der Krisenrhetorik von Kanzler Kurz nicht nur auf das eigene politische Handeln bzw. auf jenes der adressierten Bürger*innen, sondern befeuern darüber hinaus ein neoliberales Wettbewerbsdenken, das die Gesellschaft in zwei Gruppen teilt, nämlich in ein Wir, das erwerbstätige, gesunde Unternehmer*innen und Angestellte meint und in das sich Kurz selbst miteinschreibt, und in eine vulnerable Gruppe, die es zu schützen gelte. Personen, die unentgeltlich etwa in der Pflege arbeiten oder andere Erwerbslose sind dabei nicht mitgemeint. Gleichzeitig stützt diese Rhetorik den Kanzler dabei, die Eindämmung der Pandemie als agonalen Bewerb zwischen unterschiedlichen Staaten, die es in der Bekämpfung des Virus zu überholen gelte, zu inszenieren. »Viele können sich nicht vorstellen, was da in einigen Wochen auf uns zukommt. [...] die Wahrheit ist, es ist die Ruhe vor dem Sturm. Und wie grausam dieser Sturm sein kann, das merkt man, wenn man in unser Nachbarland Italien schaut« (ebd.). Der anfänglich eingeführte Topos der Wahrheit kehrt hier in der Verbindung mit dem Topos der Bedrohung und dem Topos des Vergleichs wieder. Gleichzeitig triggert der Verweis auf Italien spezifische Affekte der Angst, indem er die medial verbreiteten Bilder rund um die Militärfahrzeuge, die den Leichenabtransport aus den heillos überfüllten Spitälern Bergamos übernommen hatten, implizit aufruft. Diese Bilder hatten zum Zeitpunkt der gehaltenen Rede bereits ins kollektive Gedächtnis der Zuhörer*innen Einzug gefunden und konnten somit evoziert werden, ohne explizit genannt bzw. gezeigt zu werden. Diese Wettbewerbs- und Konkurrenzorientierung lässt sich mit Pierre Bourdieu als wesentliches Element im Konstruktionsprozess des männlichen Habitus begreifen. Männlichkeit geriert sich, so Bourdieu, durch »ernste Spiele des Wettbewerbs«, und darunter versteht er »Spiele der Ehre, deren Grenzfall der Krieg ist« (Bourdieu 1997, 203, Herv. i. Orig.).

Italien fällt als Stichwort selbstverständlich auch in den Krisenreden anderer europäischer und nichteuropäischer Politiker*innen. Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen etwa, die am 11. März 2020 als eine der ersten Regierungschefs einen harten Lockdown verhängte, bezeichnete Italien in ihrer Rede als »Land, das die meisten von uns kennen, und wo viele auf Urlaub gewesen sind – ein Land in Europa, in unserem Teil der Welt.« (Frederiksen 2020) Ähnlich wie Kurz baut auch Frederiksen Nähe zu Italien auf und versucht, dementsprechende affektgeladene Erinnerungen bei ihren Mitbürger*innen aufzurufen. Der Hinweis auf die geopolitische Verbundenheit fungiert hier nicht nur inkludierend, sondern auch exkludierend. Frederiksen argumentiert aus einer proeuropäischen Haltung heraus, die die Solidarität mit dem Rest der Welt vermissen lässt.

Im Gegensatz dazu ist es in der Rede von Sebastian Kurz Italien, das als »konstitutives Außen« (Laclau und Mouffe 2006, 147–167) fungiert. Kurz benennt Italien zwar als Nachbarland, grenzt sich aber, indem er direkt anschließend für eine Akzeleration in der Bekämpfung des Virus plädiert, ex negativo davon ab: »Die Maßnahmen, die wir setzen, sind die richtigen, sie zeigen Wirkung, aber wir müssen noch schneller und noch besser werden« (Kurz 2020). Dadurch stärkt der Kanzler einerseits das *Eigene*, nämlich das »Team Österreich« (ebd.), wie es heißt. Vorangetrieben wird dadurch aber auch ein spezifisches Othring, das in der Passage rund um die Ankündigung der Tragepflicht eines Mund-Nasen-Schutzes eine weitere Dimension erfährt: »Wir werden auf das Tragen von Masken setzen. Ich bin mir vollkommen bewusst, dass Masken für unsere Kultur etwas Fremdes sind. Wir kennen die Bilder von Asiaten in Flugzeugen oder manchen asiatischen Touristengruppen, die bei uns immer etwas sonderbar und fern wirken. Es ist nicht Teil unserer Kultur und es wird eine große Umstellung sein. Aber es ist notwendig, dass wir diesen Schritt machen, um die weitere Ausbreitung noch stärker zu reduzieren« (ebd.). Der hier zur Geltung kommende Topos der Kultur affirmiert ein auf einem primordialen Kulturverständnis aufbauendes Wir-Gefühl und unterstützt den Sprechenden dabei, den performativen und relationalen (Re-)Produktionscharakter von Kultur gänzlich auszublenden.

Im erneuten Bemühen der Sportmetapher greifen die letzten beiden Sätze der Rede die wichtigsten Punkte nochmals auf und führen sie in einer Art Crescendo zusammen:

[...] das Ziel ist ganz klar: Gemeinsam als Team Österreich alles zu tun, damit die Situation bei uns nicht so schlimm wird, wie sie in unserem Nachbarland Italien ist und gemeinsam alles zu tun, damit wir schnell wieder aus dieser Krise herauskommen, um wieder zur Normalität und auch zu einem erfolgreichen Wirtschaften zurückkehren zu können. Das ist der richtige Weg, um Leben zu retten. Es ist vor allem aber auch der richtige Weg, um schnell wieder diese starke Volkswirtschaft zu werden, die Österreich immer war und auch in Zukunft sein muss (ebd.).

Die Passage ruft nicht nur sämtliche implementierten Topoi auf, sondern führt darüber hinaus mit jenem der Geschichte einen bislang noch nicht bedienten weiteren Topos ein, an den Wodak zufolge eine spezifische, mythopoietisch fungierende Behauptung geknüpft ist: »Wenn eine Handlung in der Vergangenheit einer Person oder einem ›Land‹ gedient/geschadet hat, dann wird es sich in der Gegenwart oder Zukunft ähnlich verhalten« (Wodak 2016, 69). Tatsächlich manifestiert sich im Ende der Ansprache vom 30. März die Verquickung von hegemonialer Männlichkeit und Wachstumsökonomie, die die Krisenrhetorik

Sebastian Kurz' zusammenhält. Der Kanzler suggeriert durch diese Wortwahl, dass wirtschaftliches Wachstum mit gesellschaftlichem Wohlstand gleichzusetzen sei und lässt dabei etwas Wesentliches außer Acht. Das Bruttoinlandsprodukt als jener Parameter, an dem solch ein Wachstum in kapitalistischen Gesellschaften seit Mitte des 20. Jahrhunderts gemessen wird, berücksichtigt ausschließlich den Geldwert von Gütern, nicht aber die Zufriedenheit der konsumierenden Bürger*innen. Ausgeblendet bleibt darüber hinaus, dass das BIP nur jene Waren und Dienstleistungen miteinberechnet, die an bezahlte Arbeit gebunden sind. Unentgeltliche Pflegetätigkeiten, die (nicht nur) in Europa fast ausschließlich von Frauen geleistet werden, sind darin nicht inkludiert. Im Ausklammern dieser Problematik schließt die Rede auch all jene aus, die unentgeltliche Sorgearbeit leisten. Sie sind in Sebastian Kurz' neoliberal imprägnierter Vision einer wieder erstarkenden Wirtschaft schlichtweg nicht mitgemeint.

Caring Masculinities. Caring Femininities?

Zurück zum Kernelement der untersuchten Ansprache Sebastian Kurz' vom 30. März 2020, nämlich zum Mund-Nasen-Schutz, der – wie der Kanzler selbst betont – nicht vorrangig dem eigenen Schutz dient:

Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass solche Masken einen schützen. Das ist definitiv nicht der Fall. Aber was dadurch sichergestellt werden kann, ist, dass es nicht so leicht zu einer Übertragung durch die Luft kommt. Also, sprich: Durch das Tragen der Maske kann man andere Menschen schützen, indem man sie nicht anniesen, anhusten kann und die Übertragung durch die Luft etwas reduziert wird. Ich sag ganz explizit dazu – und das ist der wichtigste Punkt: Das ist kein Ersatz für das Abstandhalten, sondern es ist eine zusätzliche, verschärfte Maßnahme, um sicherzustellen, dass wir die Ausbreitung stärker noch reduzieren können (Kurz 2020).

Wenngleich der Kanzler hier allem voran den Care-Aspekt des Mund-Nasen-Schutzes hervorhebt, so handelt er diesen erstaunlich kurz und pragmatisch ab. Die Ansprache arbeitet mit Anhäufungen von Substantivierungen und vermeidet Verben sowie direkte Anreden. Tatsächlich steht die Passage stellvertretend für einen behördlich anmutenden Nominalstil, der sich deutlich von der Krisenrhetorik einer Angela Merkel abhebt.

Merkels Ansprache zur Corona-Ausbreitung vom 18. März 2020 ist von einem Verbalstil geprägt, der direkt und wortwörtlich alle (d.h. nicht nur Staatsbürger*innen) adressiert und dabei ein Wir konstruiert, in das sich die Kanzlerin beständig miteinschreibt. Merkel appelliert an die Bevölkerung, physisch auf Abstand zu gehen, motiviert sie aber gleichzeitig zum Praktizieren von Für-

sorge, indem sie auf gefahrlose Kommunikations- und Sorgetechniken verweist und gleichzeitig dazu anregt, neue, kreative Formen des Miteinanders zu entwickeln:

Wir werden als Familien und als Gesellschaft andere Formen finden, einander beizustehen. Schon jetzt gibt es viele kreative Formen, die dem Virus und seinen sozialen Folgen trotzen. Schon jetzt gibt es Enkel, die ihren Großeltern einen Podcast aufnehmen, damit sie nicht einsam sind. Wir alle müssen Wege finden, um Zuneigung und Freundschaft zu zeigen. Skypen, Telefonate, Mails und vielleicht mal wieder Briefe schreiben. Die Post wird ja ausgeliefert. Man hört jetzt von wunderbaren Beispielen von Nachbarschaftshilfe für die Älteren, die nicht selbst zum Einkaufen gehen können. Ich bin sicher, da geht noch viel mehr und wir werden als Gemeinschaft zeigen, dass wir einander nicht allein lassen (Merkel 2020).

Indem Merkel ihre Mitbürger*innen dazu einlädt, innovative Care-Praktiken zu entwickeln bzw. herkömmliche Tools wiederzubeleben, um einander nahe zu bleiben und beizustehen, nehmen die Konzepte Solidarität und Fürsorge bei ihr Gestalt an. Gleichzeitig eröffnet sie dadurch autonome und individuelle Perspektiven innerhalb eines engmaschigen Netzes aus neuen Regeln und Einschränkungen.

Einen ähnlichen Zugang wie Merkel wählt die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern. Sie beendet ihre Ansprache vom 23. März 2020 wie folgt: »I have one final message: Be kind. [...] What we need from you, our community, is you to support others. Go home tonight and check on your neighbors. Start a phone tree with your street. Plan how you keep in touch with one another. We will get through this together. But only if we stick together. So please be strong and be kind« (Ardern 2020). Auffallend an der Krisenintervention Arderns ist, dass die Politikerin ihren Zuhörenden zwar Angst zugesteht, diesen Affekt aber nicht instrumentalisiert, sondern ihn in Relation zur aktuellen Forschungslage setzt und damit ein Stück weit relativiert:

I understand that all of this rapid change creates anxiety and uncertainty, especially when it means changing how we live. That's why today I am going to set out for you as clearly as possible what you can expect as we continue to fight the virus together. The first really important thing to remember is that the vast majority of people who will ever have COVID-19 will only experience mild to moderate symptoms. But there will be some who will need more care. That's why we have to focus on one simple goal: To slow down COVID-19. Slowing it down means not having one big tidal wave of cases but instead smaller waves. Groups of cases that we can manage properly as they arise. That means we reduce the impact on health, on jobs and on our economy. Some countries and places have successively managed to do this, but it does mean we have to be ready to step up our action when we need to (Ardern 2020, 21.3.).

Arderns Krisenrhetorik zeichnet sich sowohl durch Klarheit und Fokussiertheit aus als auch dadurch, andere Staaten als Vorbilder in der Virusbekämpfung zu erachten. Sie verfolgt mithin das, was Lea Susemichel und Jens Kastner als *unbedingte Solidarität* begreifen, und wodurch den Autor*innen zufolge nicht nur der Gegensatz von Emotionalität und Rationalität unterbrochen werden kann, sondern auch der andro- und eurozentrisch geframte Dualismus von subjektiven und objektiven Beweggründen (Susemichel und Kastner 2021, 33).

Im Unterschied dazu zielt Sebastian Kurz' populistische »Politik mit der Angst« (Wodak 2016, 2020) auf eine Selbstinszenierung als allwissender, warnender Prophet ab: »Es ist jetzt schon klar, dass viele Menschen an dieser Krankheit sterben werden. Das lässt sich ja auch nicht verhindern« (Kurz 2020). Im mehrmaligen Adressieren all jener, die sich den implementierten Maßnahmen und Regeln bislang entzogen haben und die er als »Verhinderer« und »Verweigerer« bezeichnet, schürt der Kanzler Angst vor der Ahndung und Bestrafung von verfehltem Verhalten, ohne dabei die eigene potenzielle Fehlbarkeit kritisch zu reflektieren. Auch darin zeigt sich ein Unterschied zu Arden, Merkel und Frederiksen, die allesamt nicht nur mögliche Fehlentscheidungen eingestehen, sondern sich auch selbst als fehlbar inszenieren. Exemplarisch sei hier auf Mette Frederiksens Rede vom 11. März verwiesen, wo es heißt: »Werden wir Fehler begehen? Ja, das werden wir. Werde ich als Staatsministerin Fehler begehen? Ja, das werde ich« (Frederiksen 2020). Gleichzeitig sind die Krisenrhetoriken von Frederiksen und Arden aber auch von einem starken, autoritären Auftreten geprägt, wie abschließend zu zeigen sein wird.

Ausblick

Krisenbekämpfung ist dann erfolgreich, wenn politische Verantwortliche Emotionen klug und bedacht einsetzen. In *Political Emotions* hat Martha Nussbaum nachdrücklich darauf hingewiesen, dass nicht nur faschistoide Gesellschaften von starken Gefühlen beherrscht sind, sondern dass Gefühle vielmehr grundsätzlich unabdingbar sind, wenn es darum geht, Bürger*innen zu einem wertschätzenden und umsichtigen Miteinander zu motivieren (vgl. Nussbaum 2016, 12). Besonders deutlich zeigt sich das in Zeiten vermehrter Unsicherheiten und in Perioden des Umbruchs. Wie die Soziologin Arlie Russell Hochschild mit Bezug auf das Nachleben von 9/11 argumentiert, gewinnt in Krisenzeiten die Wahrnehmung des Charakters und der emotionalen Sensibilität einer Führungsperson für Bürger*innen an Bedeutung (Russell Hochschild 2016). Zu einem ähnlichen Schluss gelangt die Politikwissenschaftlerin und Emotionsfor-

scherin Candida Yates, die im Hinblick auf die Performances von Bill Clinton und David Cameron einen strategischen Gebrauch von Empathie bemerkt haben will, der sich bei Politikern im Laufe der letzten 20 Jahre verstärkt habe (Yates 2019, 349). Wenn Politikerinnen hingegen Emotionen zeigen, so Yates weiter, dann mache sie das zwar sympathischer, lasse sie aber auch weniger kompetent erscheinen. Pierre Bourdieu hat dieses Phänomen mit dem Begriff des *double bind* beschrieben. Sobald Frauen wie Männer agieren, würden sie »das Naturrecht der Männer auf die Machtposition in Frage [stellen]«, wodurch ihnen der Verlust der »obligatorischen Attribute der ›Weiblichkeit‹« drohe (Bourdieu 2020, 120). Handeln sie jedoch »wie Frauen«, so Bourdieu weiter, »erscheinen sie als unfähig und für die Stelle untauglich« (ebd.). Was Bourdieu zu Beginn dieses Jahrtausends konstatiert hat, bestätigen Politikwissenschaftler*innen im Hinblick auf die Bewertung weiblicher Leadership auch heute noch: Frauen, die Führungskompetenz zeigen, werde *caring femininity* prinzipiell abgesprochen (Barnes und Beaulieu 2019; Barnes und Holman 2020).

Pandemien hingegen erlauben es Frauen, einem solchen *double bind* zu entkommen und als Führungspersönlichkeiten zu reüssieren, und zwar aufgrund der doppelten Erwartungshaltung, die Politiker*innen in solchen spezifischen Krisen entgegengebracht wird (Windsor et al. 2020). Gesundheitskrisen verlangen von Regierungsverantwortlichen einerseits durchsetzungsfähiges Handeln und Entschlossenheit, d.h. Eigenschaften, die gemeinhin nach wie vor als männlich gelten. Andererseits jedoch beziehen sich diese Qualitäten auf die Felder Gesundheit und menschliche Sicherheit, d.h. auf politische Bereiche, die genuin weiblich konnotiert sind. Vor diesem Hintergrund erklärt sich das äußerst positive Echo auf die Performance von Politikerinnen während COVID-19. Das eindrücklichste diesbezügliche Beispiel stellt Jacinda Ardern dar, deren Performance bereits im Kontext des Terroranschlags von Christ Church in höchsten Tönen gelobt worden war (Gurevitch 2021, 496). Ardern scheint die doppelte Erwartung, die an Politiker*innen im pandemischen Kontext gerichtet werden, besonders gut zu erfüllen. In ihrer Rede vom 23. März 2020 heißt es: »I know people will want to act as enforcers. And I understand that people are afraid, and they are anxious. But we, we will play the role of enforcer« (Ardern 2020). Die Premierministerin setzt also einerseits intensiv auf Empathie, lässt aber andererseits keinen Zweifel darüber aufkommen, Regelverstöße zu ahnden und kompromisslos zu bestrafen. Diese Verquickung von genuin als maskulin und als weiblich gesehenen Sphären manifestiert sich in der leitenden Parole, mit der Ardern ihre ersten Lockdown-Reden regelmäßig zu schließen pflegte: »Be strong and be kind.«

Auch Mette Frederiksen, ihres Zeichens Vorsitzende der dänischen Sozialdemokrat*innen, legte im Rahmen ihrer COVID-19-Politik nicht nur *caring fe-*

mininity an den Tag. Sie fiel mitunter durch einen autoritären und spaltenden Regierungsstil auf, indem sie auf rassistische, von der rechtsextremen Dänischen Volkspartei ins Spiel gebrachte Diskurse rekurrierte. In einer Pressekonferenz vom 15. August 2020 behauptete sie, dass zu viele Menschen mit »nicht-westlichem Hintergrund« infiziert seien, und warf Personen mit Migrationshintergrund in einem Rundumschlag mangelnde Konformität vor (N.N. 2020). Minderheiten, so mahnte Frederiksen, hätten immer eine Verantwortung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft.

Die aktuelle Pandemie scheint mithin imstande zu sein, die Binarität des Bedeutungsfeldes von Links und Rechts nachhaltig ins Wanken zu bringen, und wirft implizit die Frage auf, ob der Begriff des Populismus überhaupt noch dafür geeignet ist, die damit in Zusammenhang stehenden Diskursverschiebungen hinlänglich zu erfassen. Womöglich ist es momentan vielmehr angezeigt, präziser denn je zu untersuchen, wie Verzweiflung, Wut und Angst imstande sind, Menschen zu regieren, und auf welche Weise politische Akteur*innen derartige Affekte rezipieren, mobilisieren und rhetorisch inszenieren.

Literatur

- Allgäuer, Alicia und Mary Kreutzer. 2020. »Auswirkungen auf Migrant*innen und Geflüchtete in Österreich.« In *Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen*, herausgegeben Thomas Schmidinger und Josef Weidenholzer, 464–478. Wien: bahoe.
- Alon, Titan M., Matthias Doepke, Jane Olmstead-Rumsey und Michèle Tertilt. 2020. *Impact of COVID-19 on Gender Equality*. National Bureau of Economic Research. Stand: 9.8.2022. <https://www.nber.org/papers/w26947>.
- Ardern, Jacinda. 2020. »All of NZ must prepare to go in self-isolation now« – PM Jacinda Ardern on Covid-19 concerns.« 23.3. 2020. Stand: 9.8.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=8SC67XDskIM&t=184s>.
- Ardern, Jacinda. 2020. »Prime Minister Jacinda Ardern Statement to the Nation on Covid-19, 21.3.2020.« Stand: 9.8.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=AvRuYrH5rjs>.
- Barnes, Tiffany D. und Mirya R. Holman. 2020. »Gender Quotas, Women's Representation, and Legislative Diversity.« *The Journal of Politics* 82: 1271–1286.
- Barnes, Tiffany D. und Emily Beaulieu. 2019. »Women Politicians, Institutions, and Perceptions of Corruption.« *Comparative Political Studies* 52: 134–167.
- Berghammer, Caroline. 2020. »Alles traditioneller? Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in der Corona-Krise.« *Corona-Blog*, 8.10.2022. <http://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog33/>.

- Bock-Schappelwein, Julia, Ulrike Famira-Mühlberger und Christine Mayrhuber. 2020. »COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen.« WIFO Research Briefs.
- Bourdieu, Pierre. 1997. »Die männliche Herrschaft.« In *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*, herausgegeben von Irene Dörling und Beate Kraus, 152–217. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre. 2020. *Die männliche Herrschaft*. Aus dem Französischen von Jürgen Bolder. 5. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Connell, R. W. 2005. »Globalization, Imperialism, and Masculinities.« In *Handbook of Studies on Men and Masculinities*, herausgegeben von Kimmel Michael, R. W. Connell und Hearn Jeff, 71–89. Thousand Oaks: Sage.
- Connell, R. W. und James W. Messerschmidt. 2005. »Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept.« *Gender & Society* 19: 829–859.
- Connell, Robert W. 1995. *Masculinities*. Cambridge: Polity Press.
- Dursun, Ayse, Verena Kettner und Birgit Sauer. 2021. »Corona, Care, and Political Masculinity. Gender-Critical Perspectives on Governing the COVID-19 Pandemic in Austria.« *Historical Social Research* 46: 50–71.
- Federici, Silvia. 2020. *Caccia alle streghe, guerra alle donne*. Rom: Nero.
- Felber, Silke. 2021. »Performing Gender in View of the Outbreak.« Stand: 9.8.2022. <https://performinggenderoutbreak.com>.
- Frederiksen, Mette. 2020. »Se hele pressemødet med Mette Frederiksen 11. marts 2020.« Stand: 9.8.2022. <https://www.tv2fyn.dk/video/klip/web-pressemøde-sujo-2>.
- Global Health 50/50. 2020. »The Global Health 50/50 Report 2020.« Stand: 9.8.2022. <https://globalhealth5050.org/2020report/>.
- Gurevitch, Leon. 2021. »The Spectacle of Competence: Global Pandemic and the Redesign of Leadership in a Post Neo-Liberal World.« *Cultural studies (London, England)* 35: 504.
- Harman, Sophie. 2016. »Ebola, Gender and Conspicuously Invisible Women in Global Health Governance.« *Third World Quarterly* 37: 27.
- Kaiser, Susanne. 2020. *Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Khan, Sadiq. 2020. »More BAME People Are Dying from Coronavirus. We Have to Know why.« *The Guardian*, 19.4.2020. Stand: 8.8.2022. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/apr/19/bame-dying-coronavirus-sadiq-khan>.
- Kurz, Sebastian. 2020. »Pressekonferenz über Aktuelles zur Coronakrise.« 30.3. Stand: 9.8.2022. https://www.youtube.com/watch?v=_aE8sX656bk&t=43s.
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe. 2006. *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 3. Aufl. Wien: Passagen.

- Lichtenberger, Hanna und Stefanie Wöhl. 2020. »Care-Work und unbezahlte Mehrarbeit von Frauen in der Krise.« In *Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen*, herausgegeben von Thomas Schmidinger und Josef Weidenholzer, 455–464. Wien: bahoe.
- Macchiavelli, Niccolò. 1986. *Il Principe. Der Fürst*. Leipzig: Reclam.
- Mader, Katharina, Judith Derndorfer, Franziska Disslbacher, Vanessa Lechinger und Eva Six. 2020. *Genderspezifische Effekte von COVID-19*. Wirtschaftsuniversität Wien. 9.8.2022. Stand: <https://www.wu.ac.at/vw3/forschung/laufende-projekte/genderspezifischeeffektevoncovid-19/>.
- Maihofer, Andrea. 2014. »Nachwort: Hegemoniale Selbstaffirmierung und Veranderung.« In *Diesseits der imperialen Geschlechterordnung. (Post-)koloniale Reflexionen über den Westen*, herausgegeben von Sophie Vögele und Karin Hostettler, 319–332. Bielefeld: transcript.
- Merkel, Angela. 2020. »Es ist ernst« – Merkel-Ansprache zur Corona-Ausbreitung.« 18.3.2020 Stand: 9.8.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=4YS20YQbVE4>.
- N.N. 2020. »Mette F.: For mange ikke-etniske danskere er smittet.« *Berlingske*, 15.8. Stand: 8.9.2022. <https://www.berlingske.dk/politik/mette-f-for-mange-ikke-etniske-danskere-er-smittet>.
- Nussbaum, Martha C. 2016. *Politische Emotionen. Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist*. Aus dem Amerikanischen von Ilse Utz. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reisigl, Martin und Ruth Wodak. 2001. *Discourse and Discrimination. Rhetorics of Racism and Antisemitism*. London: Routledge.
- Russell Hochschild, Arlie. 2016. *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York: The New York Press.
- Schaffer, Johanna. 2008. *Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung*. Bielefeld: transcript.
- Scholz, Sylka, Andreas Michael Felix Heilmann und Aaron Korn. Gesellschaft für Ökologische Kommunikation mb, Hg. 2019. *Caring Masculinities? Männlichkeiten in der Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften*, Bibliothek der Alternativen/Band 2. München: oekom.
- Schönpflug, Karin. 2020. »A Feminist Economics View on Racialized, Gendered, and Classed Effects of the COVID-19 Crisis.« *blog interdisziplinäre geschlechterforschung*, 17.11. Stand: 8.9.2022. <https://www.gender-blog.de/beitrag/feminist-economics-view-on-covid-19-crisis/>.
- Smith, Julia. 2019. »Overcoming the ›Tyranny of the Urgent‹: Integrating Gender into Disease Outbreak Preparedness and Response.« *Gender & Development* 27: 14.

- Strobl, Natascha. 2021. *Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Susemichel, Lea und Jens Kastner. 2021. »Unbedingte Solidarität.« In *Unbedingte Solidarität*, 13–48. Münster: Unrast.
- Weber, Max. 2010. *Politik als Beruf*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Windsor, Leah C., Gina Yannitell Reinhardt, Alistair J. Windsor, Robert Ostergard, Susan Allen, Courtney Burns, Jarod Giger und Reed Wood. 2020. »Gender in the Time of COVID-19: Evaluating National Leadership and COVID-19 Fatalities.« *PLoS One* 15 (12). <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0244531>.
- Wodak, Ruth. 2016. *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien: Edition Konturen.
- Wodak, Ruth. 2020. *Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse*. Wien: Edition Konturen.
- Wodak, Ruth. 2021. »Crisis Communication and Crisis Management during COVID-19.« *Global Discourse. An interdisciplinary journal of current affairs* 11: 329–353.
- Yates, Candida. 2019. »Show Us You Care! The Gendered Psycho-Politics of Emotion and Women as Political Leaders.« *European Journal of Politics and Gender* 2 (3): 345–361.

